

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei einer Zahlung im Voraus für Post- und Berlin 7,50 M. im Voraus zahlen. Für Postversand nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Freitags-Bezug für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12,50 M. jährlich. Druckverlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895 und 2896.

Die abgehenden Korrespondenzen oder deren Namen, sowie alle Korrespondenzen, die auch die Familien- und Organisationsangelegenheiten werden laut aufgegebenem Belegbogen laut bezogen. Injunkt für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen. Internat.-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2895-26, 9708

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine Schlappe des Militarismus.

Der Einspruch Englands.

Ueber den bereits gestern von uns gemeldeten Einspruch Englands gegen die französische Befehung der neutralen deutschen Zone liegen jetzt nähere Einzelheiten vor. Danach hat Lord Curzon dem französischen Botschafter Paul Cambon eine Verbalnote überreicht, in der ein Protest gegen die französische Befehung ausgesprochen ist. Nach einer Neutermeldung waren in der maßgebenden Sitzung, in der die Franzosen ihren Befehungsplan mitteilen, Großbritannien, Italien, Belgien und Amerika dagegen. Von französischer Seite wurde erklärt, Frankreich traue den deutschen Versicherungen nicht und sei überzeugt, daß die Entsendung deutscher Truppen in das Ruhrgebiet besondere Ziele verfolge. Von englischer Seite wurde zwar erklärt, daß die Lage zweifellos sehr ernst werden könne, wenn die französische Vermutung der Beweggründe Deutschlands sich bewahrheiten sollte, aber trotzdem hat die englische Note energig gegen den französischen Vorwars protestiert und die Ansicht ausgesprochen, daß die Unterdrückung der sozialen Ursachen eine innere Angelegenheit der deutschen Regierung sei, die die Alliierten nichts angehe.

Man kann es verstehen, daß die englische Protestnote, nach den Meldungen der ausländischen Presse, in Paris wie eine Bombe eingeschlagen hat, und es ist auch möglich, daß der ausgetragene Konflikt die Stellung des französischen Ministerpräsidenten Millerand stark erschüttert hat. Dennoch wäre es verfehlt, an diese Vorgänge irgendwelche besondere Erwartungen zu knüpfen, oder gar, wie es in einem Teil der deutschen Presse schon gewohnheitsmäßig geschieht, aus dem englisch-französischen Konflikt die Folgerung zu ziehen, daß die Front der Alliierten gesprengt sei. Es kann nicht nachdrücklich genug vor derartigen Spekulationen gewarnt werden, die nur dem Nationalismus und der alldeutschen Katastrophopolitik Vorpruna leisten. Der englische Protest wird an den tatsächlichen Verhältnissen in der neutralen Zone nur wenig ändern; die Räumung der besetzten Städte hängt vielmehr davon ab, daß die deutsche Regierung ihre Truppen schleunigst aus dem Ruhrgebiet zurückzieht. Erst wenn das geschieht, wird der englische Einspruch und die offensichtliche Mißbilligung der Alliierten die französische Regierung dazu zwingen, ihre Forderungen hinsichtlich der schleunigen Räumung der besetzten deutschen Zone zu verwirklichen.

Die Konsequenzen, die sich aus dieser Situation für die deutsche Politik ergeben, sind vollkommen eindeutig. Die deutsche Regierung wird alles daran setzen müssen, das Mißtrauen, das ihr von französischer Seite entgegengebracht wird, durch schleunige Erfüllung der zugesicherten Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus dem Ruhrrevier zu beseitigen. Sie wird ferner durch festes Auftreten gegen die selbstherrlichen Militärs den Eindruck beseitigen müssen, den ihr Vorgehen in der Frage des Ruhrreviers im Inlande wie im Auslande erweckt hat. Nur so wird sie sich der „Vorwärts“ der Regierung beseitigen, daß sie von den Militärs gänzlich irregulär worden sei, und daß die Regierung Bauer-Müller-Roske schon am 17. März, also zu einer Zeit, wo die Arbeiter im Ruhrrevier gegen die militärischen Rebellen vorgingen, in Paris um die Erlaubnis zum Einmarsch nachgewählt habe. Der um die Erlaubnis zum Einmarsch nachgewählt habe. Der um die Erlaubnis zum Einmarsch nachgewählt habe. Der um die Erlaubnis zum Einmarsch nachgewählt habe.

Der deutsche Anspruch auf Schadenersatz.

Der französischen Regierung ist folgende Note überreicht worden: „Die durch den Friedensvertrag nicht gerechtfertigte und daher nicht angelegentliche Befehung deutschen Gebietes hat zu zahlreichen Zwischenfällen geführt. Dabei hat unter anderem eine Reihe Deutscher den Tod erlitten, eine größere Anzahl ist verwundet worden. Unter Vahrung aller weiteren

Ansprüche, die der deutschen Regierung aus dem französischen Vorgehen erwachsen, erklärt sie schon jetzt daß sie die französische Regierung jedenfalls für alle Schäden haftbar macht, die Deutschen durch die jüngsten Vorkommnisse entstanden sind oder noch entstehen können. Eine weitere Mitteilung behält sich die deutsche Regierung bis nach Prüfung der Einzelfälle vor.“

Die Protestnote.

Paris, 9. April.

Der Spezialkorrespondent des „Matin“ in London meldet: Man wird gewiß in Frankreich sehr überrascht darüber sein, erfahren zu müssen, daß die britische Regierung jeder Erwartung zuwider heute nach Abhaltung von zwei Kabinettsitzungen beschlossen hat, gegen die französische Aktion in Deutschland zu protestieren. Diese Neugierde wird unsere britischen Freunde, die in ihrer Mehrzahl seit zwei Tagen dauernd aus ihrer Unternehmung vertrieben haben, ebenso überraschen wie uns selbst. Eine Note offiziellen Charakters, die heute durch eine Agentur veröffentlicht wird, besagt:

Der Eindruck, der hier verbreitet war und durch die in Frankreich abgegebenen Erklärungen bestätigt wurde, daß die alliierten und assoziierten Regierungen, nämlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien und Belgien mit der französischen Regierung vollständig einig seien, ist gänzlich irrig. Die Wahrheit ist, daß die alliierten und assoziierten Regierungen der Politik eines Einrückens in die neutrale Zone immer entgegen gewesen sind. Es macht den Eindruck, daß die französische Regierung aus Gründen, die ihr gut scheinen, dieses Einrückens aus eigener Initiative vorgenommen hat, ohne die Zustimmung der Verbündeten abzuwarten.

Die Stellung der englischen Regierung zu dem Problem der sozialen Ursachen ist die, daß es allein eine Angelegenheit derjenigen Regierung ist, die jetzt nach Wiederherstellung des Friedens das deutsche Volk vertritt, und daß es die Alliierten nichts angeht, da sich die Ereignisse außerhalb derjenigen Zone vollziehen, für die sie verantwortlich sind. Der Korrespondent meldet dann dazu, die offizielle Protestnote werde morgen (heute, den 9. April) durch Lord Derby Herrn Millerand übergeben werden.

Lord George, der gestern abend nach London zurückgekehrt ist, hat heute früh in Downing Street den französischen Botschafter empfangen und mit ihm eine lange Unterredung gehabt. Lord George wird am 9. April nach Paris in Begleitung verschiedener Persönlichkeiten reisen. Die britische Regierung habe Gombou denochrichtigt, daß sie die Frage der französischen Intervention in Deutschland nicht in derselben Weise wie die französische Regierung ansieht.

Ein deutscher Protest beim Völkerbund.

Paris, 9. April. (M. L. B.)

Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, überreichte der Vorsitzende der Deutschen Friedensdelegation, Rinschaldirektor Coepert, gestern abend dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, die deutsche Protestnote gegen die Befehung auf dem rechten Rheinufer.

Kabinettsrat in Paris.

Paris, 9. April (Havas).

Die Minister und Unterstaatssekretäre trafen zu einem Kabinettsrat zusammen. Millerand gab ihnen Kenntnis von der mündlichen Mitteilung der englischen Regierung bezüglich der Befehung Straßburgs.

Die Lage in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 9. April.

M. L. B. meldet: Heute gehören die Straßen wieder ihr gewöhnliches Bild, da die Franzosen ihre von den Verkehrsmittelpunkten zurückgezogenen Truppen fast ausschließlich in Schulen und Turnhallen untergebracht haben. Nur vor dem Hotel Imperial am Opernplatz, wo der französische Stab untergebracht ist, bietet sich ein kriegerisches Bild, das viele Schaulustige anzieht. Der Keisererfche hat stark nachgelassen, soweit er Ausreisende betrifft, da die Fahrschwierigkeiten wegen des großen Andranges nur allmählich behoben werden. Auch die vergangene Nacht ist ruhig verlaufen.

Kann Räte-Rußland Deutschland helfen?

Von Prof. C. Vallod.

Deutschland, das deutsche Volk, befindet sich in einer entsetzlichen wirtschaftlichen Lage. Die Ernten sind auf 1/2 und noch tiefer gesunken, der Viehstand furchtbar vermindert; die Kinder um 20-25, die Schweine um 60 Prozent. Die Kartoffelernte für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung ist auf ein Minimum herabgesetzt, es droht die Gefahr, daß es in wenigen Wochen in den Städten kein Brot und keine Kartoffeln zu verteilen geben wird, weil die Bauern mit ihren Restvorräten zurückhalten. Da entsteht die Frage, wie weit kann Deutschland aus dem Auslande Nahrungsmittel beziehen. Die Schwierigkeiten sind groß. Amerika liefert uns so gut wie gar nichts auf Kredit, sondern nur gegen Gold oder Ware. Es kann aber diejenige Ware, die Deutschland am ehesten liefern könnte, Stroh, Eisen, Maschinen, nicht gebrauchen, davon hat es selbst große Ueberschüsse. Die in der Nachbarschaft Deutschlands gelegenen skandinavischen Staaten, Holland und die Schweiz, die unsere Kohlen gebrauchen könnten, können uns direkt keine Nahrungsmittel liefern. Kann dies Rußland? Die Voraussetzung ist natürlich, daß die deutsche Regierung zu dem großen Entschluß sich aufrafft, Frieden zu schließen.

Allgemein bekannt ist, daß der Zusammenbruch der Industrie und des Verkehrswezens in Rußland zu einem chronischen Verhungern der Industrie- und Stadtbevölkerung geführt haben. Es ist noch Industrie da, aber sie hat außerordentlich abgenommen. Im Donetzkohlengebiet arbeiteten noch im November 1919 75-80 000 Mann; die Kohlenförderung betrug 1/4 Million Tonnen im Monat anstatt 2 Millionen Tonnen, die vor dem Kriege monatlich gefördert wurden. Man hofft, die Förderung nächstens auf 1/2 Million Tonnen monatlich zu steigern. Im Ural arbeiten von 97 Hochöfen noch 14, von 80 Martinöfen 16. An Arbeitern sind noch 100 000 vorhanden. Die Minimalleistung im Jahre 1920 wird zu 200 000 Tonnen Stahl geschätzt, man hofft aber bei äußerster Anstrengung es auf 550 000 zu bringen. Vor dem Kriege wurden in Ural 900 000 Tonnen Roheisen erzeugt. In der Textilindustrie arbeiteten im Januar 1920 von 7 Millionen Baumwoll-Feinwindeln noch 1/2 Million, von 164 000 mechanischen Webstühlen 18 000. Es fehlt an Rohmaterial: in Zentralasien, von wo Rußland vor dem Kriege 160-200 Millionen Kilogramm Baumwolle bezog, ist die Produktion von Baumwolle fast völlig eingegangen. Die Landbevölkerung baut jetzt selbst Getreide, da sie keines mehr von Sibirien zukaufen kann. Die Flachsbproduktion ist dagegen, was die bestellte Fläche anlangt, nur um ein Drittel zurückgegangen: es ist höchst wahrscheinlich, daß Rußland aus früheren Ernten noch einen Flachsvorrat von 10-12 Millionen Pud (gleich 166 000 bis 200 000 Tonnen) besitzt. Die Gesamtproduktion an Flach hat im Jahre 1918 ca. 20 Millionen Pud betragen und dürfte im Jahre 1919 kaum gesunken sein. — Die Behauptung Ludwig Quastels, daß Rußland nichts mehr Europa zu geben hätte (Sozialist. Monatshefte, 4. Heft 1920, S. 175) beruht auf einer Unkenntnis der Tatsachen.

Die Sowjetregierung hat aufgefällige statistische Erhebungen veranstaltet und legt alles in einer durchaus vertrauenswürdigen Weise dar, vermeintlich und beschämt nichts! Vorhanden ist sogar genügend Getreide für die Stadtbevölkerungen: die Sowjetregierung hatte bis zum 1. Januar 1920 1 1/2 Millionen Tonnen requiriertes und gekauftes Getreide aus der Ernte von 1919 fest in Händen anstatt bloß 1 Million Tonnen im Jahre vorher. Dieses Getreide, das hauptsächlich in den Wolgaregionen, insbesondere Samara lagerte, konnte nur nicht an die Hauptstädte heran wegen Verfalls des Transportwesens. Von 20 000 Lokomotiven waren im Januar 1920 nur noch 4800 in Betrieb, und auch von diesen war die größere Hälfte reparaturbedürftig. Es fehlt an Schmiermaterial, weil die Erdölvorräte von Baku und Grosny in „weiße“ Fässer geraten waren. Dadurch aber laufen sich die Räder zu schnell heiß, es kann nur mit 100 Kilometer Tagesgeschwindigkeit (Erdölgeschwindigkeit in 24 Stunden) gefahren werden. Mittler-

Welle haben ja nun die Bolschewiken das Kubangebiet besetzt und werden wahrscheinlich bald in den Besitz von Waku und Grosny gelangen. Als dann ändert sich für sie die Sachlage fundamental; sie haben alsdann, trotz aller Kriegsvorbereitungen, reichliches Heiz-, Schmier-, Baumaterial.

Gibt es in Rußland noch Getreidegengen, in denen Getreide für die Ausfuhr ins Ausland lagert? Ja. Eine solche Gegend ist der Nordkaukasus, die früheren Gouvernements Kuban und Stenopol. Dasselbst sind bestimmt Weizenüberschüsse in der Höhe von 1 1/2 Millionen Tonnen aus der Ernte von 1919 vorhanden. Das nördliche, getreidezuführende Rußland braucht diese Überschüsse nicht, da es Getreide aus näher gelegenen Gegenden beziehen kann, sowie der Transport verbessert wird. Das Kubangebiet gewährt mit seiner Ausfuhr hauptsächlich nach dem Hafen Noworossisk am Schwarzen Meer; die durchschnittliche Entfernung der Getreidetransporte bis zu diesem Hafen übersteigt nicht 300-400 Kilometer. Es fehlt zunächst an einer Organisation der Ausfuhr und an Transportmitteln, so dann aber an Transportmitteln. Die Kubanfabriken wollen gegen wertloses Papiergeld kein Getreide hergeben, sondern nur gegen landwirtschaftliche Maschinen, Eisen, Kohle und Manufaktur. Auf diese also kommt es an, sowie auf die Transportmittel. Was die letzteren anlangt, so würden schon 100 vollwertige Lokomotiven und 3-4000 Güterwagen ausreichen, um bei guter Organisation das im Kubangebiet lagernde Getreide in einigen Monaten an die Häfen zu befördern.

Es ist die Frage, ob Deutschland diese Transportmittel hergeben kann. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß Rußland die Breitspur hat und fertige Lokomotiven sehr schwer dafür umgebaut werden können. Hier hätten also die Techniker das Wort! Gegen vollwertige Transportmittel gibt die Sowjetregierung gerne Geld her, und gegen Gold geben auch die Kubanfabriken Getreide ab! So dann muß an die Frage einer beschleunigten Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen zu Exportzwecken herangetreten werden. Das Kubangebiet braucht hauptsächlich Nähmaschinen, aber auch Motorpflüge werden bei dem Rückgange des Pferdebestandes im Kriege sehr geschätzt werden, sobald erst Waku das Treiböl liefert. Desgleichen Dampfdreh- und Motordrehmaschinen. Könnte erreicht werden, und das müßte sich erreichen lassen, daß das Kubangebiet Deutschland aus der vorjährigen Ernte auch nur 1/2 Million Tonnen Weizen lieferte, so wäre schon sehr viel für die Vinderung des Notstandes bis zur nächsten Ernte getan — in die weitere Million Tonnen mögen sich England und Italien teilen, sofern nur Deutschland die Möglichkeit bekommt, die Seetransportmittel sich etwa durch Kohlenlieferung an Neutrale (Holland, Skandinavien) zu beschaffen.

Es ist ein gesamt-europäisches Interesse, die Getreideausfuhr aus Südrußland und dem Nordkaukasus wieder in die Höhe zu bringen: selbst in England hat man die größten Sorgen mit der Beschaffung der Mittel für das so ungeheuer verteuerte amerikanische Getreide. Ist doch das englische Pfund dem Dollar gegenüber auf 70 Prozent und darunter gesunken, der Frank auf 35 Prozent, die italienische Lire auf 28 Prozent. Zeigt man sich in bezug auf die den Russen zu liefernden Gegenwerte hauptsächlich in der Art, daß Italien die Textilprodukte (Deutschland hat ja zur Zeit keine), England Textilien und Eisen, Deutschland Kohle und landwirtschaftliche Maschinen liefert, so dürfte auch für die kommende 1920er Ernte ein befriedigende Abkommen getroffen werden können. Das Kubangebiet und Stenopol sind, im Gegensatz zu der Umgebung von Odessa, den Gouvernements Oberdon, Taurien, dem Donebiet verhältnismäßig wenig von den Kriegsvorbereitungen betroffen. Da es hauptsächlich Winterweizen baut, so dürfen auch die zur Zeit stattfindenden Kriegereignisse daselbst keinen so schlimmen Einfluß auf die kommende Ernte ausüben, sofern nur die in den Kriegsjahren aufgebrauchten Näh- und Dreschmaschinen bis zur Erntezeit (Juli-August) ersetzt werden. Dazu hätte die deutsche Industrie die beste Gelegenheit! Es kann weiter kein Zweifel unterliegen, daß die Sowjetregierung einer reinsozialistischen Regierung in Deutschland den Vorschlag in der Bestehung von Rohstoffmitteln einräumen würde, desgleichen betreffs Bezugs von Flach und anderen Rohstoffen.

Eine amtliche Fälschung.

Die Regierung ließ am 8. April durch das W. L. W. eine amtliche Rundgebung verbreiten, die einen französischen Funkpruch vom 6. April widerlegen sollte. In dieser Erklärung wird über die Kämpfe im Ruhrgebiet das Folgende behauptet:

Es ist unwahr, daß den deutschen Truppen sechs bewaffnete Spartaisten in einer Anzahl von kaum 10 000 Mann gegenüberstanden. Bei den Aufständischen im Ruhrgebiet handelte es sich um militärisch organisierte, mit Artillerie, Maschinengewehren und modernen Kampfmitteln ausgerüstete Kampfgruppen, deren Gesamtstärke auf mindestens 30 000 Mann zu schätzen war. In den Besitz der Waffen waren sie gekommen durch den auf Grund des Waffenstillstandes erzwungenen und aberkämpften Rückzug des deutschen Heeres, der auch durch jene Gebiete führte. Die Waffen waren selbstredend gehalten worden.

Die vorstehenden Behauptungen sind vom Anfang bis zum Ende unwahr. Wir verweisen dabei nur auf den Artikel des Generals Köstler in der „Frankfurter Zeitung“, aus dem wir in der gestrigen Abendausgabe einige Auszüge wiedergaben. Die Darstellung, daß es sich bei den Aufständischen im Ruhrgebiet um militärisch organisierte, mit Artillerie, Maschinengewehren und modernen Kampfmitteln ausgerüstete Kampfgruppen handelte, ist ebenso unwahr, wie die Behauptung, daß die Arbeiter diese Waffen seit dem überstürzten Rückzug des deutschen Heeres im November 1918 versteckt gehalten worden wären. Die Arbeiterkassette hatte bei Beginn des Rappischen Aufstandes überhaupt keine Waffen. Sie nahm die Waffen vielmehr erst den konterrevolutionären Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen ab, gelang damit die ersten monarchistischen Rapptruppen in die Flucht, erbeutete dabei schwere Maschinengewehre, einige leichte Feldgeschütze und Minenwerfer, konnte mit dieser Beute weitere Arbeiter bewaffnen und so die Unruhen zu weiteren

Vorbereitungen gegen die letzten monarchistischen Kollaborate im Ruhrgebiet gewinnen.

Das sind die unwiderlegbaren Tatsachen. Was aber von der Regierung behauptet und sogar noch als „amtliche“ Material bezeichnet wird, stammt aus der militärischen Lügenküche in Münster, die noch dem System Ludendorff, von dem sich Deutschland immer noch nicht lossagen kann, ihre Fabrikate draut. Marke: Dunkelste Herkunft!

Eine unmögliche Ernennung.

Die gestrige Abendpresse brachte Mitteilungen über die Ernennung des Rechtssozialisten Dr. Köster zum Reichsminister des Innern. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, ist die Ernennung Dr. Kösters noch nicht vollzogen, sie dürfte aber unmittelbar bevorstehen, da sie von einflussreichen Kreisen der rechtssozialistischen Fraktion befürwortet wird.

Wir müssen gestehen, daß uns die Nachricht von der Ernennung Dr. Kösters zum Reichsminister des Innern wie ein etwas verspäteter Aprilscherz anmutet. Wenn zum Amt eines Innenministers nichts weiter gehören sollte als die Fähigkeit, ein Feuilleton oder einen Kriegsbericht zu schreiben, so würde Herr Dr. Köster, der nur als Feuilletonist und Kriegsberichterstattler bekannt geworden ist, zur Not noch genügen. Da jedoch trotz des beschriebenen Maßstabes, der gegenüber dem Koalitionskabinetts am Blase ist, an die Verlor des Innenministers immerhin größere Anforderungen gestellt werden müssen, als dies gegenüber Herrn Dr. Köster möglich ist, so wäre es unseres Erachtens wohl angebracht, wenn die Regierung darauf verzichtete, den feuilletonistischen Einschlag in ihren Reihen zu vermehren. Wenn auch ihre Sorge um die Förderung der Kunst, die sicherlich bei der Nominierung Dr. Kösters mitgesprochen hat, anerkannt werden muß, so ist es doch keine Kunst, gerade hier eine Auswahl zu treffen, die den reaktionären Geheimplänen im Auswärtigen Amt noch mehr als bisher freien Spielraum für ihre verderbliche Tätigkeit gewähren würde.

W. L. W. meldet: Zum Reichsminister des Innern ist Reichskommissar Dr. Adolf Köster in Aussicht genommen worden.

Der deutsch-nationale „Judas“.

Eine der blamabelsten Episoden der an Blamagen so reichen Rapp-Periode war die Ernennung des in England naturalisierten ungarischen Abenteurers Trebitsch-Lincoln zum Pressechef in der Reichskanzlei. Wir weisen schon neulich darauf hin, daß die antisemitischen Drahtzieher des Rapp-Büchchens so arm an Kräften waren, daß sie selbst die Mitwirkung eines Trebitsch nicht entbehren konnten, der mit allen Laufwässern gewaschen, zuerst das einfache Kreuz und dann das Galenkreuz der Volkshüter auf sich genommen hatte.

Nun veröffentlicht Graf Ernst Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ unter der Ueberschrift „Der Judas Trebitsch“ einen Bericht seines Londoner Mitarbeiters, der die sensationelle Feststellung enthält, daß Trebitsch-Lincoln, der seit August vorigen Jahres in alle Geheimnisse der gegen die deutsche Regierung gerichteten Bewegung eingeweiht war, ein Agent der englischen Regierung ist.

Der Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“, der anscheinend mit den Wegen des deutschen „Nachrichtendienstes“ im Kriege gut vertraut ist, schreibt:

Wir spitzten die Ohren und sahen unsere alten Kriegsverbindungen wieder in Gang und wir erfuhr, daß Trebitsch fast täglich Besuche von Beamten des Kriegsministeriums erhalte, einmal auch dorthin zu einer Unterredung verbracht worden sei.

Am 8. August 1918 bestieg Erzherzog Josef als Hochalter für „Aachen das kleine“ den Thron Ungarns, hierzu aufgefördert von 600 Offizieren, am 11. August wurde Trebitsch nach dem Kontinent geschickt. Ging für kurze Zeit nach Ungarn, dann nach Berlin, von wo er Amerongen besuchte. Dann arbeitete er im Geheimen, aber als alles — geleitet von England aus — fertig war, da war Trebitsch an dem Posten zu sehen, die Presse zu inszenieren!

Ob nun den Deutschen in Deutschland, ob besonders den Preußen jetzt wohl endlich ein Licht aufgeht wird!

Diese Mitteilungen sind allerdings geeignet, den Deutschen über die Hintergründe des verunglückten Monarchistenbundes ein Licht aufzuheben zu lassen. Aus ihnen ergibt sich die zweifelloste Verbindung zwischen den deutschen und ungarischen Monarchistenkreisen und gewissen Kreisen Englands, die die Wiederherstellung der Monarchie in Mitteleuropa anstreben. Der englische Spitzel Trebitsch-Lincoln stand in Verbindung sowohl mit der Gorthy-Bande in Budapest wie mit dem Kreis Wilhelms II. in Amerongen. Als Mittelsmann dieser Kreise fungierte er auch bei der Rapp-Regierung, deren Verbindung mit den monarchistischen Restaurationsplänen außer allem Zweifel steht.

Dies der nackte Tatbestand, der die Hintergründe der Rapp-Episode hell beleuchtet. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat sich zweifellos ein Verdienst erworben, indem sie die Feststellungen ihres Londoner Mitarbeiters der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Stückhauser.

Die „Soziale Praxis“, das Organ der bürgerlichen Sozialreformer, wählte, als ihre Nummer 25 (vom 17. März) in Druck ging, noch nicht, wie der Rapp-Büchchens auslaufen würde, und war sich daher, wie so manche andere Leute in jener Zeit, nicht recht im klaren, auf welchem Boden sie sich stellen sollte. In ihrer Bedrängnis orakelte sie über den „neuen Umsturz“ folgendermaßen:

Wir unterlassen heute aus begrifflichen Gründen jede Stellungnahme und bemerken nur, daß vielleicht diejenigen Kreise etwas ernüchtert sind, die bereits meinten, der deutsche Arbeiter könne der treuen Hilfe der sozialreformistischen Kreise entraten und alles nur gestützt auf seine Macht erreichen. Revolutionen kommen und gehen, der große stilles Gedanke organischer Sozialreform bleibt. Um haben wir unter dem alten Regime und in der Revolutionszeit gedient, um werden wir die Krone auch wahren, gleichviel wie sich die Machtverhältnisse im Reich zu entwickeln werden!

Hier haben wir ein Dokument, das für die bürgerlichen Sozialreformer außerordentlich bezeichnend ist. Sie sahen nicht nach dem Charakter der Regierung und der Sozialform, sie fühlten sich ebenso unentbehrlich unter Rapp- wie unter Ebert-Roske, der Kapitalismus ist ihnen ebenso willkommen wie der Sozialismus. Der wein, der Kapitalismus ist ihnen weit willkommener, weil der Sozialismus, der die Gedanken der Sozialreform bis zu Ende denkt und verwirklicht, ihre „organische Tätigkeit“ überflüssig macht. Sie gleichen dem Glückwünscher, der sich darüber ärgert, wenn die Menschen zu billigen Preisen neues Schuhwerk erhalten können und nicht mehr zu ihm kommen, sich auf ihre alten abgerissenen Stiefel Lappen und Klebsegen zu lassen.

Fort mit dem Belagerungszustand!

Offiziell wird mitgeteilt: Der Reichswehrminister geht von der Überzeugung aus, daß die militärischen Befehle über von politischen Geschäften nach Möglichkeit entlastet werden müssen. Diese Anschauung entspricht dem Reichsminister des Innern seit längerer Zeit vertretenen Auffassung. Der Reichspräsident hat nunmehr auf Vortrag beider Minister angeordnet, daß die Handhabung von Ausnahmeständen überall da, wo nicht offener Kutsch herrscht, in die Hand der Zivilbehörden zu legen. Als Reichskommissare sollen in Zukunft Personen tätig sein, vom Reichsminister des Innern ernannt werden. Als Kommissare in Bremen in der Regel die Oberpräsidenten, in den übrigen Ländern die von den Landesregierungen vorgeschlagenen Personen eingesetzt werden. Auch die Tätigkeit der Regierungskommissare, die anlässlich des Rapp-Büchchens mit der Bekämpfung der Ordnung beauftragt waren, würde damit in der Höhe der Fälle fortfallen. Durch die vorgesehene Regelung wird somit auch eine größere Einheitlichkeit bewirkt. Die entsprechenden Verfügungen werden für die einzelnen Länder in den nächsten Tagen erlassen. Die Reichsregierung überregelt, daß ihr Vorgehen zu einer wesentlichen Entspannung der politischen Lage beitragen wird. Da, wo eine völlige Beruhigung der Bevölkerung eingetreten ist, wird der Ausnahmezustand völlig beseitigt werden.

Diese Maßnahmen sind völlig ungenügend. Es genügt nicht, daß in der Handhabung des Belagerungszustandes auch wenn er nur Ausnahmezustand genannt wird, eine Erleichterung angestanden werden, sondern der Belagerungszustand muß überhaupt fallen. Mit welchem Recht wird denn über Berlin immer noch der Belagerungszustand aufrechterhalten?

Lohberg und Schoeler.

Das Reichswehrministerium verbreitet zu dem „Vortage“ Artikel über die Ereignisse in Aachen und zu den Anklagen die Generale Schoeler und Lohberg eine Darstellung, die das Verhalten des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers in dieser Angelegenheit rechtfertigen soll. In der Darstellung wird gesagt, daß außer dem Telegramm, das der Reichswehrkommissar Gressinski am 27. März dem Reichspräsidenten überbrachte und in dem die sofortige Aberufung der Generale Schoeler und Lohberg wegen ihrer zweifelhaften Haltung gefordert wurde, keinerlei Vorwürfe gegen die Generale erhoben worden seien und auch sonst beim Reichswehrminister nichts bekannt geworden war. Die in dem Telegramm vom 27. März erhobenen Beschwerden, die sich mit der schiedsgerichtlichen Auffassung des Reichswehrgruppenkommandos einerseits und der Reichswehrrichter andererseits über militärisches Eingreifen in Aachen beschäftigten, seien, eingehendem Vortrag durch einen Offizier des Stabes des Reichswehrgruppenkommandos dahin erledigt worden, daß die Ansicht des Reichswehrgruppenkommandos II als die richtige angesehen wurde. Darin wurde dann am 3. April das vom Reichswehrministerium und Reichswehrminister unterzeichnete Telegramm an den Reichswehrminister abgesandt, daß die Vorwürfe gegen die Generale Schoeler und Lohberg von einigen Voraussetzungen ausgegangen seien. Es heißt dann weiter in der amtlichen Darstellung:

Der Reichswehrminister Gressinski ist erst am 6. April 1920 beim Reichswehrminister erschienen, um eine Anzahl weiterer Belagerungsmomente über die Haltung der Generale zur Zeit des Rapp-Büchchens zu unterbreiten. Belagerungsmomente, die bisher keiner militärischen Diskussion bekannt waren.

Der Reichswehrminister hat das ihm übergebene Material sofort an die für die Bearbeitung der vorliegenden Fälle zuständigen Zivilbehörden weitergegeben. Ein Eingreifen in den von der inangewiesenen begonnenen Untersuchung ist selbstverständlich nicht möglich.

Wir möchten demgegenüber doch ganz energisch darauf bestehen, daß nach den schweren Anklagen, die in dem „Vortage“ Artikel enthalten sind und an deren Richtigkeit nach allen Erfahrungen, die mit den teilenden Offizieren zulage liegen, kaum zweifelt werden kann, die sofortige Entsendung beider Generale eine Selbstverständlichkeit ist. Warum erst man auf einmal, in die schwerende Untersuchung nicht eingreifen dürfen? Diese Vorbehalte hat man selbstverständlich nicht eingesehen, warum man in diesem Falle die begabte Energie vermissen läßt!

Dann müssen wir aber auch noch auf die Rolle der Reichswehrkommissare hinweisen. Welcher Wert kommt dieser Stelle wenn auf die Beschwerden nicht das gegen die Offiziere liegende Material geprüft wird, sondern ein Offizier der gegangenen Formation zum Vortrag besprochen wird? Das ist ein leichtes für Reichspräsident und Reichswehrminister zu werden, ist nach Roskes Erfahrungen wohl kaum zweifelhaft. Zivilkommissare dürfen keine wohl aber über gebildete Personen sein, sondern sie müssen die Vertrauensperson der Regierung gegenüber den Militärs sein. Daß die Regierung ihnen halb den Rücken stärken muß, daß sie sich endlich mit schärferem Blick gegen die Militärs wappnet, ist ein Hauptbedürfnis der Reinigung des politischen Lebens der Republik.

Zur Generalversammlung der Betriebsräte teilt uns Redner der R. G. D., viel, mit, daß er nicht ausgeführt, daß es zu spät für einen Generalstreik sei, sondern nur die Diskussion für das rheinisch-westfälische Industriegebiet läme der Generalstreik zu spät.

Der Nachfolger des Generals v. Lüttich. Die Geschäfte Oberbefehlshabers des Reichswehrgruppenkommandos I (West) die früher General v. Lüttich geführt hat, hat General v. Berger, bisher Kommandeur des Reichsregiments 5 (Sachsen) übernommen.

Die Lage im Ruhrrevier.

Die Regierung löst mitteilen, daß gestern Abend Vertreter der Entente in Essen gewesen seien, um sich über die Lage im Industriegebiet zu informieren. Von den zuständigen Stellen habe ihnen leicht nachgewiesen werden können, daß bei der Besetzung des Ruhrgebietes die Friedensvertragsbestimmungen nicht übertreten worden seien. Auch hätten sich die Vertreter der Entente davon überzeugt, daß die Reichswehr von dem größten Teil der Bevölkerung mit Freuden empfangen worden und wie sinnlos die Behauptung sei, das Einrücken der Reichswehr sei ein neuer Ausbruch des Militarismus.

Die angebliche Freude der Bevölkerung über das Einrücken der Reichswehr beschränkt sich auf jene Kreise der Bourgeoisie, die von dem Militär die völlige Niederwerfung der Arbeiterschaft erwarten. Die Arbeiter empfinden dagegen alles andere als Freude. Viele Tausende von ihnen sind in das bergische Land und in das besetzte Gebiet geschickt, und die Franzosen machen jetzt alle Anstrengungen, um sie für ihre eigene Industrie zu gewinnen. Diese Tatsache hat den Reichskommissar Sebering und General von Watter veranlaßt, eine Bekanntmachung zu erlassen, worin es heißt, daß die Truppen nur zum Schutz aller „gut Gefinnenen“ kämen, daß gegen die „verantwortlichen Führer und gewissenlosen Führer“ eingeschritten, irreführende oder falsch Unterrichtete aufgeklärt und zurückgewonnen werden sollen. Im Interesse der Volkswirtschaft und der Arbeiterschaft liege es, daß die Flüchtlinge wieder an ihre Arbeitsstätte zurückkehren.

Wir befürchten, daß diese Bekanntmachung ihren Zweck verfehlen wird, zumal sie von dem General Watter mitunterzeichnet ist und die verächtlichsten Nebenwendungen von „Hebern“ und „gewissenlosen Führern“ enthält. In dem nachfolgenden Telegramm aus Essen wird zwar anerkannt, daß die Führung der Reichswehr, wenigstens in diesem Orte, bestrebt ist, Ausschreitungen der Truppen zu verhindern. Zugleich aber wird über eine so große Zahl von Mißhandlungen und Erschießungen berichtet, daß es den Anschein gewinnt, als wenn die Führung der Reichswehr die Truppen und ihre unteren Befehlshaber nicht mehr in der Hand hat. Nur wenn die Reichswehr schleunigst aus dem Industriegebiet wieder zurückgezogen und die Aufrechterhaltung der Ordnung den nach den Vorfällen der Vereinbarungen zu bildenden Ortswehren übertragen wird, ist eine Beruhigung der Arbeiterschaft zu erwarten.

Mißhandlungen und Erschießungen.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Essen a. d. Ruhr, 9. April.

Am Mittwoch morgen ist das Militär in Essen eingedrückt. Überhaupt wurde nicht geirrt. Unsere Zeitung, das „Ruhr-Echo“, blieb unbeschädigt. Der Redakteur Kacheler setzt sich sofort mit der militärischen Stelle in Verbindung und suchte den Oberbefehlshaber, Oberst von Baumhach, auf. Er gewann dabei den Eindruck, daß der Oberst bestrebt ist, Ausschreitungen zu verhindern und daß er lediglich gegen Verbrecher und Plünderer einzuschreiten beabsichtigt. Der Oberst sagte allerdings bei der Unterredung, daß bei der Erregung, die unter den Truppen herrscht, natürlich sich unliebsame Fälle ereignen könnten. Er sei aber gewillt, gegen solche Schulden mit allem Nachdruck einzuschreiten. Infolge von Denunziationen hauptsächlich aus bürgerlichen Kreisen sind zahlreiche Verhaftungen erfolgt. Ein großer Teil der Verhafteten wurde nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Behandlung der Festgenommenen ist verabschieden. Es muß anerkannt werden, daß die militärische Aktion im großen und ganzen in der Stadt Essen sich von den Vorgängen im Anfang des Jahres 1919 vorteilhaft unterscheidet. Es hat sich aber nicht vermeiden lassen, daß doch eine Reihe von Mißhandlungen vorgekommen sind. Ein Teil der Reichswehr und auch der Offiziere sind sichtlich bestrebt, die Mißhandlungen von Verletzungen zu verhindern. Es sind aber bereits eine Anzahl von Reuten auf der Redaktion des „Ruhr-Echo“ erschienen, die nachgewiesen haben, daß sie auf dem Wege zum Gasfall oder auch im Gasfall selber durch bürgerlichen Mord, teils durch Mitglieder der Reichswehr und der Sicherheitswehr mißhandelt worden sind. Einige Personen haben sich auf der Redaktion entsetzt und hinterläufige Streichen aufgewiesen. Man hat aber den Eindruck, daß die militärischen leitenden Stellen bemüht sind, derartige Verfassungen zu verhindern.

Infolge von Denunziationen wurden zwei unzufriedene Arbeiter am Mittwoch morgen als Spezialistenführer verhaftet und auf dem Hofe des Rathauses angeblich auf der Flucht erschossen. Es haben sich aber bereits Zeugen auf der Redaktion des „Ruhr-Echo“ gemeldet, die behaupten, daß ein Fluchtversuch nicht unternommen worden ist. Die Untersuchung ist eingeleitet. In dem Vorort Vorbeck sind zwei Arbeiter von den einrückenden Reichswehrtruppen angeblich infolge eines Mißverständnisses erschossen worden. Die beiden waren Mitglieder der Sicherheitswehr und hatten auf Grund eines von der Gemeindevorwaltung ausgetheilten Aufweises geglaubt, ihren Dienst weiter ausüben zu können. In Vortrop bei Essen wurden gestern 14 Arbeiter erschossen. Die Untersuchung ist eingeleitet. Über die näheren Umstände konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden. Drei von den Verstorbenen sind durch Kugeln, die anderen vier angeblich durch Bajonettschläge getötet worden. In Wülfrath a. d. Ruhr sind acht Tote aufgeführt, die auf der Grenze zwischen Essen und Wülfrath-Ruhr getötet worden sind. Auch hier soll eine Untersuchung eingeleitet worden sein. Diese acht Tote sind nach Angabe der Angehörigen und Augenzeugen in gräßlicher Weise verhämmert.

Der Parteivorstand Genosse Steinbauer ist infolge von Denunziationen verhaftet und ebenfalls mißhandelt worden. Er wurde aber nach kurzer Zeit wieder in Freiheit gesetzt. Der Militärbefehlshaber hat sich entschuldigt und Genosse Steinbauer befindet sich wieder in Freiheit. Er muß sich aber

vor Verhaftungen des bürgerlichen Mordes verantworten lassen. Das „Ruhr-Echo“ unterliegt keiner Zensur. Auch gegen das Parteibüreau der U. S. P. ist bisher nichts unternommen worden.

„Eintausendfüßler“.

Ein Flüchtling aus dem Ruhrgebiet schreibt uns: Der „Vorwärts“ druckt in seinen Morgenausgabe vom 8. April unter der Überschrift „Kommunistische Volksbegeisterung“ einen Teil des Aufrufes des Essener Zentralrates, der zu Sammlungen für die Opfer des Kampfes im Ruhrgebiet auffordert, ab und verleiht ihm mit folgender Bemerkung:

„In die Schutts an diesen grauenvollen Zuständen teilen sich die Diktaturapostel beider Richtungen: der Rechts- und der Linkspulschiffen. Heber den Gräbern und Trümmern können sich rot- und weißfarbige Kappisten die Hände reiben. Sie haben's geschafft!“

Dazu muß gesagt werden, daß bei den Verhandlungen in Wiesfeld und Münster die Komps Nichtschlag, Schulz und Böhmer als konterrevolutionär bezeichnet wurden, die aufgelöst werden mußten. Gegen sie hat der Kampf eingesetzt, als die Freikorps

Wie wir erfahren, ist eine größere Unterstützungsaktion zugunsten der Opfer der Bewegung im Ruhrrevier im Gange. Der Verlag der „Freiheit“ erklärt sich bis auf weiteres bereit, Spenden für diese Opfer entgegenzunehmen.

In den Kapplogen über schwarz-weiß-roten Fahnen entfalteten. In diesem Kampf haben sich nicht allein kommunistische und unabhängige Arbeiter beteiligt, sondern in musterhafter Einigkeit haben auch rechtssozialistische Arbeiter ihre Pflicht erfüllt. Hunderte von ihnen sind demnach aus der Kampffront getragen worden, Hunderte haben ihre Lieberzeugung mit dem Tode besiegelt.

Der „Vorwärts“ soll sich einmal bei seiner rheinischen und westfälischen Parteiorganisation erkundigen. Er soll sich die Namen der rechtssozialistischen Arbeiter nehmen lassen, die ihr Leben in die Schlingen geschlagen haben, dann wird er nicht mehr von Linkspulschiffen schreiben können. Sonstern wird wissen, daß der Kampf im Ruhrgebiet kein „Putsch“, sondern eine feste kumete Bewegung war.

Auch die Aktionsausschüsse waren von allen sozialistischen Parteien, teilweise auch von Zentrumskämpfern und Demokraten, besetzt. Auch hier haben die rechtssozialistischen Mitglieder die zum Ende ihre Pflicht erfüllt. Hunderte von diesen Reuten waren heute, gleich den Kommunisten und Unabhängigen, flüchtend und dorrkend, im Lande umher.

Noch eine Fallmeldung.

Der „Vorwärts“ hatte gemeldet, daß Genosse Stern, Redakteur des „Ruhr-Echo“ in Essen, telephonisch um das Einrücken der Reichswehr ersucht habe. Dazu teilt uns Genosse Stern telegraphisch mit:

„Die Meldung des „Vorwärts“, daß ich das Einrücken der Regierungstruppen verlangt hätte, ist frei erfunden. Ich habe im Borrücken der Regierungstruppen immer ein furchtbares Verbrechen am deutschen Volk gesehen.“

Düsseldorf protestiert gegen den Einmarsch der Reichswehr.

Düsseldorf, 9. April (U. S. P.).

Nach einem vom Minister Sebering hier eingegangenen Telegramm, wonach mit einer vorübergehenden Besetzung Düsseldorfs durch die Reichswehrtruppen zu rechnen sei, haben die Stadtverwaltung und die Führer der Stadtrabattaktionen sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und an die Regierung und den Minister Sebering folgendes Telegramm geschickt: Mit Rücksicht auf bisherige ruhige Abwicklung in Düsseldorf erscheint uns nach Lage hiesiger Verhältnisse Einrücken von Reichswehrtruppen in Düsseldorf gegenwärtig ungewünscht und bedenklich. Wir bitten, keine Maßnahmen zu treffen, ehe die Freitrag dornittag ein-treffende städtische Kommission gehört worden ist.

Die Haltung der Rechtssozialisten.

T. U. Duldberg, 9. April.

Die Bezirksleitung der U. S. P. des Niederrheins hat Stellung genommen zu den Kämpfen im verlassenen Kapp-Putsch und zu der Laitil bei den kommenden Reichstagswahlen. Es wurde betont, daß die Front klar nach rechts gesetzt werden müsse, daß man aber den Boden der Demokratie nicht verlassen dürfe. Zu dem von Essen nach Barmen geschickten Zentralrat der Wallgänger-Weimarer-Bestrebungen nahm die Bezirksleitung wie folgt Stellung: Die Konferenz stellt fest, daß die Partei jede Mitarbeit des Zentralrats der Wallgänger-Weimarer-Bestrebungen ablehnt, weil die Arbeit des Zentralrats nach der Durchführung der Wiesfelder Beschlüsse erledigt ist.

Die reaktionäre Geizir in Pommern.

In einer am 3. April stattgefundenen Versammlung der Betriebsvertrauensleute und der Parteifunktionäre aller drei sozialistischen Parteien Groß-Stettins wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und als Depesche an den Reichsminister und an den Reichswehrminister abgeleitet:

Auf Grund zahlreicher Meldungen aus der Provinz Pommern rufen die Putschisten von rechts zum neuen Schlage. In keiner Provinz ist die Gefahr der Gegenrevolution so groß wie in Pommern. Die Militärtruppen, die nun wieder als Arbeitskolonnen auf die Güter geschickt werden und teils die Waffen miteinnehmen, sind eine ständige Gefahr für die Freiheit des Volkes. Die Zentrale ist in Händen von reaktionären Offizieren, die die Soldaten zu willfährigen Instrumenten ihrer schwarzen Pläne ergreifen. Die Fäden dieser Organisation sind über die ganze Provinz gespannt. Die reaktionären Offiziere sprechen offen aus, daß es in nächster Zeit zu neuen Aktionen kommen wird.

Die am 3. April 1920 von circa tausend Betriebsvertrauens-leuten der Arbeiterschaft Stettins beschlossene Versammlung fordert daher, von der Reichsregierung sofort einen mit allen Volksmassen verdrängten Aktionskomitee im Einvernehmen mit der

Arbeiterschaft für Pommern zu ernennen und den General von Sebering schleunigst abzurufen. Ebenso fordert sie, daß die Besetzung sofort gegen alle am Putsch beteiligten Offiziere und Beamten mit strenger Entschiedenheit vorgehe, so daß auch sichtbare Erfolge zu erkennen sind. Die Besetzung der Betriebsvertrauensleute beantragt den Aktionsausschuß unverzüglich jene Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchführung der Forderungen der Stettiner Arbeiterschaft geeignet sind.

Der Aktionsausschuß der Stettiner Arbeiterschaft.
J. A. S. Wille.

Man vergleiche die in der vorliegenden Resolution angeführten Tatsachen mit den Zuständen in Medlen-burg, die wir in unserer heutigen Morgenausgabe dokumentarisch festgelegt haben. In Opreußen liegen die Verhältnisse noch weit schlimmer. Aus allen diesen Meldungen geht hervor, daß die Macht der Reaktion auf dem Lande noch völlig ungebrochen ist. Die Gefahr für das Proletariat ergibt sich daraus ganz von selbst.

Neue Preise für Zuder und Zuderzeugnisse.

Die Preise für Zuder und der daraus hergestellten Erzeugnisse sind abnormals erhöht worden. Marmelade koste jetzt im Einzelhandel das Pfund 0,30 Mark, Kunsthonig im Galen 7,20 Mark, lose 7,20 Mark. Diese neue Verteuerung wird damit begründet, daß die Zuderproduktion außerordentlich zurückgegangen und daß es notwendig sei, zur Beschaffung der Marmelade den viel teureren Auslandszuder zu verwenden.

Auch die Preise für Verbrauchszuder sind abermals heraufgesetzt worden. Die Erhöhung soll notwendig gemacht sein, weil die Unkosten der Zuderfabriken durch die Steigerung der Kohlenpreise, der Löhne und der Preise für die fasthymen Betriebsstoffe außerordentlich gewachsen seien. Auch die Erhöhung der Wasser- und Bahnfrachten habe den für den Frachtausgleich ausgegebenen Betrag überhöht. Ein Teil der Preis-erhöhung soll in einem besonderen Fonds gesammelt werden.

So steigen unabweislich die Preise für die notwendigen Lebensmittel. Die Löhne der Arbeiter können mit der fortgeschrittenen Verteuerung längs nicht mehr Schritt halten!

Die polnisch-russischen Friedensverhandlungen.

T. U. Duldberg, 9. April.

Tschischterin hat unter dem 30. März an den polnischen Minister des Aeußern Radek einen Funkpruch gerichtet, daß die russische Sowjetregierung bereit sei, die Friedensverhandlungen mit Polen am 10. April aufzunehmen und schlägt einen Waffenstillstand an der ganzen russisch-polnischen Front vor.

Die die „Telegraphen-Union“ aber aus unrichtigen Anschauungen erfährt, wird der russische Waffenstillstandsvorschlag von polnischer Seite abgelehnt werden, da sich die Front auf über 1000 Kilometer erstreckt und diese Länge es den Bolschewisten unmöglich mache, während der Dauer der Waffenstillstandsverhandlungen bolschewistische Propaganda in den Reihen der polnischen Armee zu treiben. Auch könnten im Falle eines Waffenstillstandes vereinzelte Lieferfälle verliert werden, was auf den Gang der Verhandlungen nachteilig werden könnte. Nicht zuletzt droht die Gefahr, daß die Bolschewisten den Waffenstillstand dazu benutzen könnten, ihre Kräfte in Sibirien und Südrussland auf die polnische Front zu werfen.

Die Vorbereitungen zur Aufnahme der Friedensverhandlungen sind inzwischen in vollem Gange. Nach Dordson, wo vorwiegend die Verhandlungen stattfinden werden, sind bereits technische Beamte und Quartiermacher abgereist. Vor der Aufnahme der Verhandlungen wird die Liste der Friedensunterhändler bekannt gegeben. Ein Teil der Warschauer Presse betont, daß die Teilnahme von Reichstagsabgeordneten an den Verhandlungen den Gang der Friedenskonferenz beeinträchtigen würde und weist darauf hin, daß an der Friedenskonferenz in St. Germain keine parlamentarische Körperschaft vertreten war. Als Vertreter der Sowjetregierung werden, wie verlautet, Tschischterin, Radek, Dr. Marzlewski und eventuell Trotzky selbst teilnehmen.

Ablehnung eines Ministerpostens. Offiziell wird gemeldet, daß für den Posten des Wehraufbauamministers in Aussicht genommene Schandius von Brand hat sich aus persönlichen Gründen zur Annahme des Amtes nicht entschließen können.

Sturmabteilung Hoffmann. In dem Kräfte über das Sturmbatalion Hoffmann, erschienen in der gestrigen Abendausgabe, sind einige Druckfehler enthalten, die berichtigt werden müssen. Das genannte Bataillon ist nicht im Oktober 1918, sondern im Oktober 1919 über die ostspreussische Grenze gestochen, was sich schon aus dem Sachverhalt ergibt. Außerdem hat Leutnant Krull nicht im Zentralhotel, sondern im Hotel Continental mit den russischen Verbänden die Miesenschießungen für das Ballkumabenteuer verabredet.

Die Neuordnung des Kriegsverfahrens- und Kriegsbesorgungswesens. Die Beschlüsse über das Kriegsverfahrenswesen sind jetzt fertiggestellt, daß die Arbeit besteht, diese Entwürfe der Nationalversammlung nach vorzulegen, damit dem Opfer des Krieges, den Kriegsverletzten, möglichst bald ihr Recht wird. Die Entwürfe sind so einfach aufgestellt, daß ihre Verwirklichung auf keine Schwierigkeiten stößt. Zur Zeit sind 1,6 Millionen Besorgungsberechnungen an Kriegsverletzten vorhanden. Dazu kommen noch 1,8 Millionen Witwen und Weisen und 600 000 andere Hinterbliebene. Die Gesamtsumme des Jahresaufwands für Verletzte und Hinterbliebene wird 4,2 Milliarden Mark betragen.

Schlechte Getreidelisten in den Vereinigten Staaten. Das meldet aus Washington: Die Ernte in Getreide für 1920 wird in Amerika auf 488 617 000 Scheffel geschätzt gegen 781 600 000 im Jahre 1918.



Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Bölowplatz
6 1/2 Uhr: Gütz von Berlichingen
Sonntag 3 Uhr: Liebestrank
7 Uhr: Nach Damaskus.

Neues Volkstheater
Königsplatz, Str. 16
7 1/2 Uhr: Das Paradies

Staatstheater
Opernhaus
7 Uhr: Tiefand.

Schauspielhaus
Karlstraße
6 1/2 Uhr: Der Kronprinz

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Dame Kobold.

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Gabriel Schilling's Flucht

Größes Schauspielhaus
Karlstraße
7 1/2 Uhr: Der weiße Heiland

Carl Weinhard
Theater 1. u. 2.

Königsplatz
7 1/2 Uhr: König Nicola

Romödienhaus
18 1/2 Uhr: Der Herr Minister

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer

Lessing-Theater
7 1/2 Uhr: Wozzeck

Die Enkelwörter
Sonntag 2 1/2 Uhr: Pyramiden

Deutsche Kunst-Theater
7 1/2 Uhr: Menagerie

Trianon-Theater
Sonntag 4 1/2 Uhr: Kleine Preise

Myrrha
Sonntag 4 1/2 Uhr: Kleine Preise

Residenz-Theater
Sonntag 4 1/2 Uhr: Kleine Preise

Die Raschhoffs
Sonntag 4 1/2 Uhr: Kleine Preise

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Die kleine Hoheit

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Das Lied der Liebe

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: Die Ehre

Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Ein alter Sünder

Apollo-Theater
7 1/2 Uhr: Unübertreffliches Variété-Programm!

Elite-Sänger
Herrn, Frauen, Kinder

Circus Busch
Heute sowie Dienstag 7 1/2 Uhr

Der Wildebeißer
In 3 Akten und 1 Prolog

Der Wildebeißer
In 3 Akten und 1 Prolog

Der Wildebeißer
In 3 Akten und 1 Prolog

Der Wildebeißer
In 3 Akten und 1 Prolog

Der Wildebeißer
In 3 Akten und 1 Prolog

Rose-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg

Das Lied der Liebe

Volksstück in 3 Akten mit Gesang
von Wismar Rosenbühl.

Reederei Kahnt & Hertzner
Fernsprecher: Königsplatz 2062

Mk. 2500 Belohnung
Am 8. April früh 9 Uhr wurde in der Feinst-
1 Dünzwagen des H. Reimnitz, Kerkstra 1

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
der Jetztzeit entsprechend sehr preiswert

Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Straße 53

Metalleinkaufsstelle
Neukölln, Schillerpromenade 23

Altbekannt
Franz Stigl. Alte Jakobstraße 69

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33

Robhaare 10,- bis 20,- Mk. per kg
Kaninchenfelle, Kupfer, Messing, Blei, Zink

Brillanten, Perlen, Gold- u. Silberbruch
kauft zu höchsten Preisen

C. Käferle, Frankfurter Allee 277, I.

TRAURINGE
DUKATENGOLD 900

Weinstock u. m. b. H.
BERLIN, Mohrenstrasse 16

Kupfer :: Messing
Quecksilber
Blei :: Zink

Schulzendorfer Str. 2.

Marengo
"die große Mode."

Marengo Sommer-Palots Schlupferform, Sportform u. solide Formen 475.- 650.- 750.- M.
Culways und Westen prima Ausführung 615.- 650.- 725.- M.
Jackets und Westen Diagonalgewebe 775.- 300.- 350.- M.
Jackets und Westen für junge Herren, Größe 40, 42, 44 275.- 290.- 315.- M.
Gestrelte Hosen 42.- 72.- 125.- 165.- 190.- 215.- 250.- 300.- 400.- M. usw.
Jacket-Anzüge neueste Formen 450.- 480.- 700.- 750.- M. usw.

BaerSohn
Keine Filialen mehr
Chausseestrasse 29-30

Wer für Almetalle den höchsten Preis erzielen will, gehe zum Metalleinkauf
Dresdener Straße 11.

Nur kein Neid!
Kupfer - Messing
Reinzinn - Blei
Alt-Ziangeschirre, Eierschlangen
Quecksilber
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Metallschmelze-Prinzessinnenstr. 17
neben Wertheim (Mörzplatz)
Tägliche von 9 bis 5 Uhr

Altmetalle
sowie alle Arten
Produkte
zahlt höchste Tagespreise
Karl Köhn, Köpenicker Straße 113A.

Achtung!
Die bekannten hohen Preise für
Alt-Metalle, Eisen,
Zettungsappler (gebünd.) Kilo 1,80 M.
Zahlt Schönhauser Allee 158a
und Britz, Bürgerstr. 64-65.

Grammophonplatten
alte, auch Bruchstücke
das Kilo 20 Mark, also die Platte je nach
Gewicht 4-9 Mark, auch Wachswalzen,
Kilo 10 Mark, kauft
O. Schreinerstr. 57
Ringwald, Querstraße, peritra, rechts

Spezial-Behandlung
v. Geschlechts, Haut-, Hals-, Frauenleiden, spez. veraltete,
hartnäckige Maroleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren,
Urin- und Blutsuntersuchung, Licht- und Röntgen-Be-
handlung, Elektr. Durchleuchtung, Bestrahlung, Gefäßver-
engung bei Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt,
Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten,
Harn-, Frauenleiden, Blutsuntersuchungen, Salvarsan-Kur,
Behandlung schnell, sicher, ohne Berührung, Mäßige Preise.
Dr. med. Löser, Sprengelstr. 10-11, 4-7, 5, 10-12,
Brunnenstr. 185, (Rosenthal, Platz.)

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147
I. Etage, Ecke Bergstraße.

Spezial-Arzt
für Geschlechts-, Haut-, Harn-,
Frauenleiden, speziell veraltete,
hartnäckige Maroleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urin-
und Blutsuntersuchungen, Licht- u. Separat-Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior, Dr. Skotti
Rosenhauser Straße 69-70, 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1.

Gardinen
Auslandware, zu mäßigen Preisen noch vor-
rätig. Abgepaßte Schlinggardinen, Fenster 45 Nk.
Moderne Kästlergardinen (dreiteilig, vor-
nehme Ausführung von 100 bis 175 Mark und
darüber, in eleganten Stoffen und Tüllchen
stets Gelegenheitskäufe. (Für Wiederverkäufer
Sonderabteilung.) Gardinenhaus
Herzog, Berlin, Dresdener Str. 1241
am Kolbuser Tor.

Gewerkschaftssekretär gesucht.
Der Ortsausschuß Schneidemühl
sucht zum 1. Juni d. J. einen Gewerkschafts-
sekretär, Deutsche und organisatorisch und
agitativer gewandter Mann und mindestens 5 Jahre
einer freierwerblichen Organisation an-
gehörig. Bewerbungen sind mit einem Lebens-
lauf, sowie einer Abhandlung über die Aufgaben
eines Gewerkschaftssekretärs an das Kartell
Julius Kahn, Lanze Str. 29) einzureichen.

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-
Silber-
Abfälle
Zahngelbisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe der Tiermstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schönhauser Str.
am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Königsplatz-Str. 229
nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72
am Ballenplatz.

Möbel
gegen bar
und auf Teilzahlung zu
mäßigen Preisen
Bürgerliche
Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in großer Auswahl
Einzelne Möbel
Farbige Küchen
Beiser
Lothringer Str. 67.

Stoffe
zur Damen- und
Herrenbekleidung
Feststoffe / Knöpfe
Konfektion
für Damen u. Mädchen
Maßanfertigung
C. Pelz
50 N. Kolbuser Str. 5

Bettmüssen.
Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben.
Ank. umfasst: Aesthetisch be-
wehrt ge. gesch. Methode.
Institut Engbrecht,
München D 401, Kapuzinerstr. 5.

Bücherrheiden
schwanden schnell und
schmerzlos durch Myro-
balanum, sicher be-
währteste Methode. An-
wendung M. 2,50 Otto
Reichel, Berlin 40,
Eisenbahnstr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollege
gestorben ist:
Der Dreher
Paul Grabert
Landsberger Allee 42, am 6. April.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. April
nachm. 3 1/2 Uhr, im Krematorium, Geschützstraße statt.
Der Arbeiter
Leopold Fiörer
Reichenberger Straße 84, am 7. April.
Die Beerdigung findet am Montag, den 12. April
nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lichten-
berges Friedhofes in Marzahn aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Bezirksverwaltung Groß-Berlin

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Industrie-Arbeiter
Friedrich Schulz
am 4. d. Mts. im Alter von 54 Jahren verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. d. Mts.
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lichten-
berger Friedhofes in Marzahn aus statt. Um
Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung

Dankagung.

Allen Kollegen und Genossen für die ergebene
Teilnahme bei der Beisetzung meines lieben Vaters
Hermann Noack
der durch wildgemachte Horden sein Leben am 17. d. Mts.
durch Menschenhand lassen mußte, den Kollegen
Bestenfalls Treppower Brücke und Brücke auf
überaus große Kranzspende, sowie die trostvollen
Worte am Grabe meine aufrichtigsten Dank.
Dein Ziel sei unser Kampf!
Otto Noack, als Bräutigam

Erstklassige Herren-
garderobe aller Art aus besten
Friedensstoffen, prima Maß-
verarbeitung für jede Figur
passend am Lager verkauft
Schinapels Odegarbeitskafes,
Kaiserstr. 118, Nähe Kott-
buser Tor.
!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste
Ankaufspreise! Pfandscheine,
Briefmarken, Goldgegenstände,
Tasche, Bücher usw. Wolff,
Friedrichstr. 41 III, im Koch-
haus.
Achtung! Billig!
Kleider, Blusen,
Röcke,
Mäntel, Stoffe
verkauft Strehlow,
Tresckowstraße 211.

Kupfer
Rotguß
Messing, Aluminium,
Blei, Zinn, Zinn-
bohrer
Eichler, Malmberg
Engage Privatstraße 10
Schwielhofer Straße

Restaurateure!!
Hotelliers, Caféiers kaufen
billig Zigarren bei V. Nies
vorm. Cig-Fabr. Stabl. N. 55,
Franseckstr. 41, Tel. Hamb.
Nr. 294. Staltrassen 20 gesucht.

Mauersteine.
gebrauchte, verkauft Volkner,
Kleine Markstraße 24, Bausp.

Botenfrau!
Tour
Landsberger Allee
zwischen Tor u. E. binger Str.
stellt sofort ein
Sped. Werner
Greifswalder Straße 29

Altmetalle
Lampen, Papier-
Eisen kauft
zu den
höchsten Tagespreisen
H. Samuelson
BERLIN SO 4
Nauynstraße 10
an der Oranienburger
Amp. Marienstraße

Quecksilber
kauft
Prager, Mühl-
Sonntag bis 3 Uhr

